

## Die Steuern sinken – aber das bringt Ihnen fast nichts

Die Steuerzahler werden 2016 um fünf Milliarden Euro entlastet. Doch der Staat langt anderswo zu. Übrig bleibt fast nichts. Und weitere Belastungen stehen im kommenden Jahr erst noch an.

Von Martin Greive Redakteur Innenpolitik



Da werden die Steuern mal gesenkt – und so richtig merkt man es gar nicht. Die durchschnittliche Entlastung ist sehr überschaubar, denn der Staat hält woanders die Hand auf. Quelle: Die Welt

Der Aufschwung sollte endlich bei den Arbeitnehmern ankommen, fand Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). Deshalb drängte er Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) im Frühjahr dieses Jahres zu einer kleinen Steuersenkung. Ab dem 1. Januar 2016 werden die Steuerzahler um 1,5 Milliarden Euro entlastet.

### Steuerentlastung 2016: Ehepaar

Angaben in Euro



Foto: Infografik Die Welt

Mit der zeitgleichen Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags sind es sogar insgesamt fünf Milliarden Euro, die die Steuerzahler im nächsten Jahr mehr in der Tasche haben, lobt sich die Bundesregierung selbst. Doch in Wahrheit wird für die Steuerzahler auch 2016 netto nur wenig mehr übrig bleiben, wie Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) für die "Welt" zeigen.

Die allermeisten Singles, Ehepaare und Familien werden demnach im Monat nur zwischen zwei und zehn Euro mehr in der Tasche haben. "Der Steuerzahler wird von den Entlastungen wenig spüren", sagt IW-Finanzexperte Tobias Hentze. "Denn was zunächst als Gewinn erscheint, wird in vielen Fällen direkt wieder einkassiert."

# Kalte Progression wird entschädigt

Schon die auf den Weg gebrachten Entlastungen wirken bei näherem Hinsehen wenig großzügig. Der Grundfreibetrag steigt zum 1. Januar 2016 zwar um 180 auf 8652 Euro, der Kinderfreibetrag wird für jedes Kind um 96 auf 4608 Euro pro Kind angehoben. Diese Erhöhungen sind allerdings laut Verfassung geboten, um das Existenzminimum eines Kindes zu garantieren.

Um einkommensschwächere Familien nicht zu benachteiligen, steigt parallel mit einem höheren Kinderfreibetrag immer automatisch auch das Kindergeld, im kommenden Jahr um zwei Euro je Kind. Auch das höhere Kindergeld ist also ein Pflichtprogramm für die Bundesregierung.

Einzig beim Kinderzuschlag für Geringverdiener, der zum 1. Juli um 20 Euro auf 160 Euro steigt, und bei der kalten Progression entlastet der Staat die Bürger freiwillig. Wobei die Einnahmen aus diesen "schleichenden Steuererhöhungen" dem Fiskus nach Ansicht vieler Ökonomen eigentlich auch nicht zustehen.

## Steuerentlastung 2016: Ein-Kind-Familie

Angaben in Euro

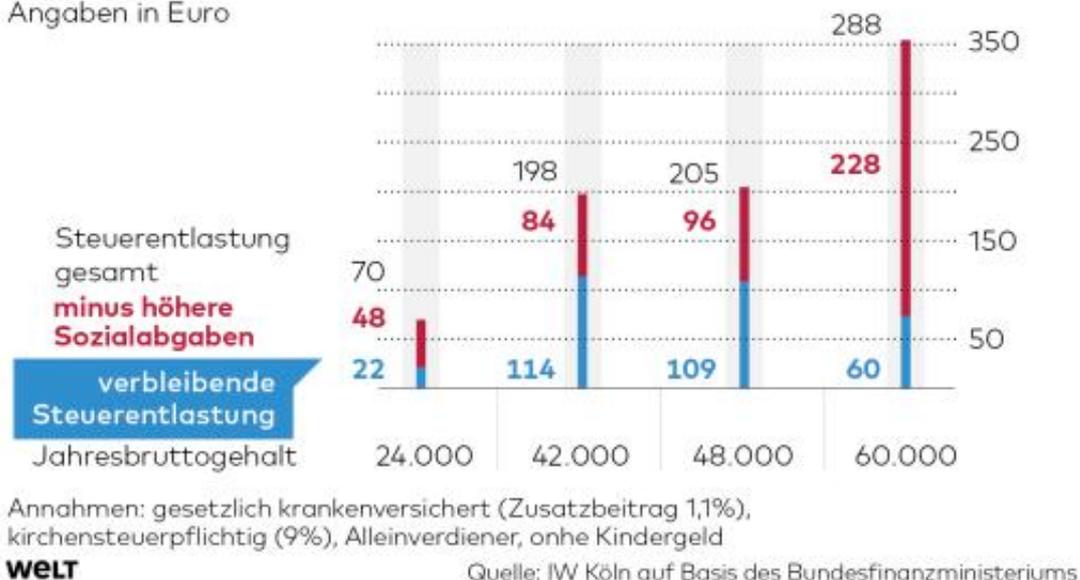


Foto: Infografik Die Welt

Die kalte Progression kommt zustande, wenn Arbeitnehmer bei Lohnerhöhungen automatisch in einen höheren Steuersatz rutschen und somit mehr Steuern zahlen, obwohl die Lohnerhöhung von der Inflation aufgezehrt wird. Das bedeutet: Der Staat nimmt durch die kalte Progression mehr Geld ein, und der Steuerzahler wird "schleichend" stärker belastet.

Immerhin: Das Bundesfinanzministerium will den Steuerzahlern die Einnahmen aus diesem Effekt nun erstatten und senkt die Steuersätze entsprechend der Preissteigerung in den Jahren 2014 und 2015 ab. So kommt die Entlastung von 1,5 Milliarden Euro zustande.

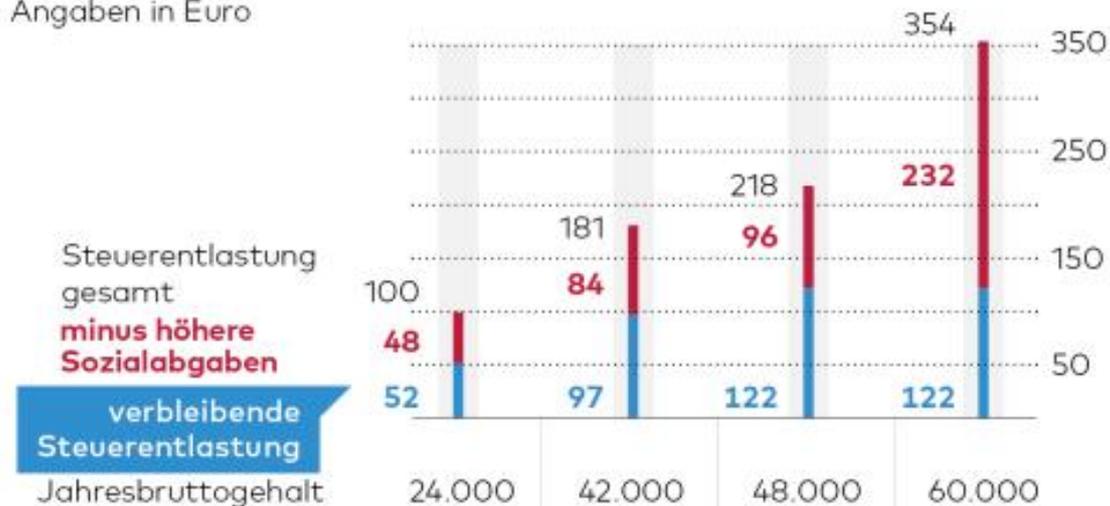
## Sozialbeiträge steigen

Allerdings gibt es keinen Ausgleich für die "schleichenden Steuererhöhungen", die in den Jahren zwischen 2010 und 2014 angefallen sind. Gerade in diesem Zeitraum schlug die kalte Progression wegen der damals noch höheren Inflation vergleichsweise stark zu. 2014 und 2015 war die Inflation dagegen niedrig – und damit der Effekt der kalten Progression schwach.

Die nun greifende Absenkung bringt einem einzelnen Haushalt daher wenig. Ein Single mit einem Jahresbruttoeinkommen von 42.000 Euro hat im nächsten Jahr durch die verschiedenen Änderungen im Steuersystem laut IW-Berechnung 181 Euro mehr in der Tasche. Allerdings wird selbst dieser kleine Betrag durch Mehrbelastungen an anderer Stelle zu einem beträchtlichen Teil wieder aufgefressen.

## Steuerentlastung 2016: Single

Angaben in Euro



Annahmen: gesetzlich krankenversichert (Zusatzbeitrag 1,1%), kirchensteuerpflichtig (9%)

**welt**

Quelle: IW Köln auf Basis des Bundesfinanzministeriums

Foto: Infografik Die Welt

Denn zum 1. Januar steigen parallel auch die Sozialversicherungsbeiträge. Der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wird sich 2016 voraussichtlich im Durchschnitt von 0,9 auf 1,1 Prozent erhöhen. Der Single mit dem Jahresgehalt von 42.000 Euro zahlt allein schon 84 Euro mehr Krankenversicherungsbeiträge im nächsten Jahr.

Gutverdiener werden zudem über eine höhere Beitragsbemessungsgrenze zur Kasse gebeten. Die Grenze, bei der die Sozialbeiträge gedeckelt sind, steigt 2016 von 49.500 auf 50.850 Euro. Wessen Gehalt oberhalb dieser Grenze liegt, muss rund zehn Euro mehr im Monat in die Sozialkassen einzahlen.

## Beiträge werden voraussichtlich auch 2017 steigen

Und so bleibt am Ende trotz höherer Freibeträge und trotz Steuersenkung nur wenig mehr im Geldbeutel hängen: Der Single mit einem Jahresgehalt von 42.000 Euro hat Ende des Jahres 97 Euro mehr in der Tasche. Pro Monat sind dies gerade mal acht Euro. Ein Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von 24.000 Euro kann sich gerade mal einen Cappuccino mehr gönnen: Es hat monatlich unterm Strich genau 2,30 Euro mehr im Portemonnaie.

Auch für Durchschnitts- und Gutverdiener mit einem Einkommen von 48.000 und 60.000 Euro fällt die Entlastung mit zehn Euro im Monat gering aus. "Der seitens der Bundesregierung groß angekündigte Abbau der kalten Progression entpuppt sich damit als Luftblase", sagt IW-Forscher Hentze.

Dies werden viele Steuerzahler spätestens dann als umso ärgerlicher empfinden, wenn die Sozialbeiträge weiter steigen. Insgesamt werden die Sozialkassen in diesem Jahr laut einer Berechnung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) zwar noch einen Überschuss von 1,5 Milliarden Euro erzielen. Dennoch wird es mit den Beiträgen nicht nur 2016, sondern auch 2017 nach oben gehen.

Gut sieht es noch in der Arbeitslosenversicherung aus. Gerade erst hat der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, einen Gewinn für dieses Jahr in Höhe von 3,5 Milliarden Euro verkündet. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könnten somit bald sinken. "Die Beitragssenkung ist geboten, insbesondere weil es in der Kranken- und Pflegeversicherung mit den Beiträgen weiter nach oben geht", sagt Jens Boysen-Hogrefe vom Kieler Institut für Weltwirtschaft.

## **Rücklagen der Rentenversicherung schmelzen dahin**

Schon jetzt steht fest, dass wegen der jüngsten Pflegereform die Beiträge zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2017 um 0,2 Prozentpunkte steigen werden. Und weitere Beitragserhöhungen sind absehbar. Die Anhebung reiche nicht, um die zusätzlichen Leistungsansprüche zu decken, schreibt die Bundesbank in ihrem aktuellen Monatsbericht. Die Notenbank rechnet daher mit steigenden Pflegebeiträgen in den nächsten Jahren.

In der gesetzlichen Krankenversicherung dürfte es nach den Beitragssteigerungen zum 1. Januar 2016 auch 2017 weitere Erhöhungen geben. Die gesetzliche Krankenversicherung wird dieses Jahr laut IfW mit einem Defizit von rund drei Milliarden Euro abschließen. "Daher wird es im kommenden Jahr zu höheren Zusatzbeiträgen kommen", sagt Boysen-Hogrefe.

Die Reserven der Rentenversicherung sind zwar noch gut gefüllt. Die relevante Nachhaltigkeitsrücklage betrug im November 1,76 Monatsausgaben. Sofern für Dezember 2016 ein Wert von 1,5 Monatsausgaben erwartet wird, muss der Beitragssatz per Gesetz runter. So könnte der Rentenbeitrag etwas sinken.

Allerdings: Spätestens in vier Jahren wird der Beitrag wegen der Rentenreformen der großen Koalition wieder steigen. Wenn es nicht sogar schon früher dazu kommt. Denn Mitte nächsten Jahres wird es die höchste Rentenerhöhung seit 20 Jahren geben. Um vier bis fünf Prozent werden die Altersbezüge steigen. Die Rücklagen werden dann schnell dahinschmelzen.